



Volkssblatt

Grossauflage

Amtliches Publikationsorgan ■ 120. Jahrgang, Nr. 16

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-Adresse / flvobla@flvobla.LOL.li · Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volkssblatt



REPORTAGE

Vom Krieg gezeichnet

Über den Krieg wollen sie nicht sprechen. Vielleicht weil ihre Behinderung sie täglich daran erinnert. Seite 5



FREIZEIT-EXTRA

Horror-Szenen einer Ehe

Das Zürcher Theater «bühne 64» gastiert mit dem Schauspiel «Wer hat Angst vor Virginia Woolf?» im TaK. Seite 11

TAGESCHAU

Zufrieden mit der Auftragslage

Der Präsident der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, Gregor Ott, zieht eine positive Bilanz für das abgelaufene Jahr und prognostiziert eine gute Entwicklung für 1998. Ab Mitte letzten Jahres sind nach seinen Angaben die Auftragsbücher für das produzierende Gewerbe dicker geworden. Auch der Detailhandel kann sich gut behaupten. Seite 3

Mehr Menschlichkeit der Kirche

«Von der Kirche erwarte ich mehr Menschlichkeit!» Dies schreibt der FBPL-Abgeordnete Johannes Matt in einem Meinungsbeitrag «Mein Standpunkt». Nach seiner Auffassung ist eine der Hauptbotschaften des Neuen Testaments die Nächstenliebe. Und diese Nächstenliebe vermisst der FBPL-Abgeordnete bei der jetzigen Auseinandersetzung um die Erzdiözese Vaduz. Seite 3

Polizei-Reorganisation bis Ende 1999

Am 14. Oktober 1997 hatte die Regierung eine Überprüfung der Landespolizei in Auftrag gegeben. In der Sitzung vom Dienstag dieser Woche nahm sie nun die Resultate dieser Überprüfung sowie die künftigen Anforderungen an das Soll-Konzept zur Kenntnis. Neben der Optimierung der Struktur und der organisatorischen Abläufe ist auch die rechtzeitige Nachfolgeplanung bezüglich der Führung an die Hand zu nehmen. Es werden vorerst drei Arbeitsgruppen gebildet, die den Auftrag haben, entsprechende Vorschläge zur Umsetzung auszuarbeiten. Die gesamte Reorganisation wird aufgrund der Ausgangslage längere Zeit in Anspruch nehmen und deshalb nicht vor Ende 1999 abgeschlossen werden können, wie die Landespolizei gestern weiter mitteilte.

Venus Williams ist die Nr. 1 in der Familie

Höhepunkt des Tages bei den Australian Tennis-Open in Melbourne war gestern das Familien-Duell Venus gegen Serena Williams (Bild unten). Seit der Auslosung hatten alle vom (möglichen) Duell der beiden Schwestern gesprochen – die Partie war der Traum für jeden Promoter und Turnierdirektor. Sie hielt indessen nicht ganz, was sie versprochen hatte. Venus und Serena kannten die Stärken und Schwächen der Kontrahentin zu gut, als dass sich ein grosses Spiel hätte entwickeln können. Am Ende setzte sich die um ein Jahr ältere Venus mit 7:6, 6:1 durch. Seite 20



Politische Verantwortung?

Regierung veröffentlichte zwei LKK-Gutachten trotz Untersuchungskommission

Der Schock über die sich in Sanierung befindlichen Zustände bei der Liechtensteinischen Krankenkasse scheint sehr tief zu sitzen. Die Regierung, die bei diesem Millionen-Debakel bisher die politische Verantwortung nicht angesprochen hat, veröffentlichte zwei Gutachten und streicht vor allem einen Punkt heraus: Keine Verletzung der Führungsverantwortung durch die Regierung!

Dass Gutachten bei unabhängigen Experten zur Feststellung von umstrittenen Sachverhalten in Auftrag gegeben werden, gehört in den Bereich der gewöhnlichen Dinge. Ungewöhnlich ist allerdings, dass die Regierung am Dienstag der Öffentlichkeit mitteilte, zwei Gutachten

sein bei Versicherungsspezialisten in Auftrag gegeben worden, um die Verantwortlichkeiten beim Debakel der Liechtensteinischen Krankenkasse zu klären. Die Ungewöhnlichkeit liegt im Umstand, dass die Veröffentlichung der Gutachten zu einem Zeitpunkt erfolgte, als eine Parlamentarische Untersuchungskommission noch mit der Untersuchung des Falls LKK beschäftigt ist. Aus den Erklärungen von Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter geht die hinter der Auftragserteilung stehende Absicht der Regierung deutlich hervor: Die Gutachter gelangen nach dieser Darstellung zum Schluss, dass die Regierung ihre Führungsverantwortung nicht verletzt habe. Ausserdem hätte die Regierung «nach Bekanntwerden der Schwierigkeiten der LKK rasch und sachgerecht reagiert.»

Wo aber bleibt die politische Verantwortung für die mangelnde Aufsicht, nachdem das Krankenversicherungsgesetz die Krankenkassen der Aufsicht der Regierung unterstellt? Und hat nicht die Regierung selbst in ihrem Bericht zur Gewährung eines Darlehens an die LKK dargelegt, dass das LKK-Debakel hätte vermieden werden können, wenn die Aufsichtspflicht entsprechend wahrgenommen worden wäre?

Allein die Revisionsstelle?

Bei der LKK, stellte die Regierung in einem Bericht an den Landtag fest, hätte über mehrere Jahre hinweg eine eklatante Führungsschwäche bestanden. «Umso erstaunlicher ist es», bemerkte FBPL-Fraktionssprecher Gebhard Hoch zu diesem Eingeständnis, «dass dies der Aufsichtsbehörde nicht aufge-

fallen ist.» Die von der Regierung veröffentlichten Fragmente aus den beiden Gutachten vermitteln den Eindruck, nicht die staatlichen Organe und vor allem nicht die Aufsicht der Regierung hätten versagt, sondern allein die externe Revisionsstelle. Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter sprach von «Mängeln in der Prüftätigkeit der seinerzeitigen Revisionsstelle» und davon, dass diese «Prüfhandlungen mit gravierenden Mängeln behaftet» gewesen seien. Andererseits steht in der vom Presse- und Informationsamt der Regierung veröffentlichten Zusammenfassung, die zuständigen Behörden hätten «auf die in den Revisionsberichten enthaltenen kritischen Bemerkungen zur Situation der LKK früher reagieren» müssen. Offen bleibt gerade deswegen die Frage der politischen Verantwortung. Günther Meier



NEUE BANK AG:

Erfolgreiches Geschäftsjahr 97

Das Geschäftsjahr 1997 ist für die Neue Bank AG in Vaduz sehr erfolgreich verlaufen. Wie das Institut gestern mitteilte, erhöhte sich die Bilanzsumme von 314,6 Mio. um 20,1 Mio. oder um 6,4 % auf 334,7 Mio. Franken. Der Cash-flow nach Steuern stieg gegenüber dem Vorjahr von 5 Mio. auf 10,51 Mio. Franken an, was einem Wachstum von 110,3 % entspricht. Der Reingewinn erhöhte sich 1997 um 80,1 % von 3,1 Mio. auf 5,59 Mio. Franken, und das gesamte Kundenvermögen nahm um rund 38 % zu. Auf Vorschlag des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Aktionäre, die auf den 16. März einberufen wird, soll eine Dividende von 6 % auf das Aktienkapital von 40 Mio. Franken ausgeschüttet werden. Mehr dazu auf den Seiten 16 und 17.

Weitere Zahlungen

Holocaust-Fonds überweist zwölf Millionen

Ungarische Holocaust-Überlebende erhalten demnächst insgesamt zwölf Millionen Franken aus dem Schweizer Fonds zugunsten bedürftiger Holocaust-Opfer. Bewilligt wurden auch Zahlungen an Jenseitige und erstmals auch an Homosexuelle, wie Fondspräsident Rolf Bloch am Mittwoch bekanntgab.

Wie Bloch nach der ersten Tagung der Fondsgremien – Beirat und Fonds-Leitung – in Vollbesetzung sagte, werden in Ungarn 18 000 bis 20 000 Menschen unterstützt. Sie erhielten Beträge in der gleichen Grössenordnung, wie sie in Lettland ausbezahlt worden seien, sagte er an einer Pressekonferenz im Flughafen Zürich-Kloten. Die zwölf Millionen Franken gehören zu einer ersten Tranche von 15 Millionen Franken, die im vergangenen November freigegeben worden war. Weiter beschloss die Fondslei-

tung am Mittwoch, zusätzlich zu bereits bewilligten Zahlungen nach Albanien 44 jenseitige Holocaust-Überlebende zu unterstützen; die Beiträge werden über die Radgenossenschaft der Landstrasse ausgerichtet. Erstmals werden auch zwei Homosexuelle in Frankreich und Polen unterstützt, die von den Nazis verfolgt worden waren. Laut der Homosexuellen-Organisation Pink Cross, die für die Auszahlung bestimmt wurde, geht es um je 2000 Franken, die von Pink Cross um jeweils 500 Franken aufgerundet werden. Pink Cross bezeichnete die Beiträge als wichtige Geste moralischer Anerkennung, da die beiden Männer bisher nie eine Wiedergutmachung für Misshandlungen in Konzentrationslagern und Gefängnissen erhalten hätten. Den beiden Organisationen werden vom Fonds laut Bloch insgesamt gegen 150 000 Franken ausbezahlt.

Eine Frau muss her

Schweizer Grüne wollen zweite Bundesrätin

Die Grünen in der Schweiz fordern eine zweite Bundesrätin für die Nachfolge von Bundesrat Delamuraz. Die FDP müsse eine Frau oder mindestens eine Zweierkandidatur «Frau/Mann» aufstellen, sonst verkomme die Wahl zum abgekarteten Ritual. Die Walliser FDP will am 12. Februar entscheiden.

Für die grüne Fraktion ist die aktuelle Zusammensetzung des Bundesrates mit sechs Männern und einer Frau unhaltbar, wie es in einer Stellungnahme heisst. Aufgrund der jetzt laufenden Diskussion sei zu befürchten, dass sich mit der kommenden Bundesratswahl daran nichts ändern werde. Völlig unbestritten sei der Anspruch der Westschweiz auf einen zweiten Bundesratsitz. So selbstverständlich wie die Regionalquote berücksichtigt werde, verlangen die Grünen aber auch die Frauenquote. Für die Frauenförderung

einer staatstragenden Partei sei die Tatsache, dass praktisch ausschliesslich männliche Kandidaten im Spiel seien, ein Armutszeugnis.

REKLAME

la tavola
RESTAURANT
1. Stock, über Metzgerli Ospelt Schaan

Gemeinsam
den Abend
geniessen

Öffnungszeiten:
10.00 Uhr - 14.00 Uhr · 18.00 Uhr - 23.00 Uhr
Sonntag/Montag geschlossen
Tel. 075/232 58 67